

Liebe Genossinnen, liebe Kolleginnen, liebe Freundinnen und Freunde,

mein Name ist Martina Lennartz. Ich bin in der DKP und spreche heute für das Wahlbündnis Gießen- sozial und friedensfähig **GSF**, das in diesem Jahr erstmals auf **Liste 10** zu den Kommunalwahlen antritt.

Wir stehen heute hier am **Internationalen Frauentag** – einem Tag des Kampfes und der internationalen Solidarität. Dieser Tag ist nicht aus Symbolpolitik entstanden. Er wurde von Arbeiterinnenbewegungen erkämpft – von Frauen, die sich gegen Ausbeutung, Armut und politische Entrechtung erhoben haben.

Und gerade heute zeigt sich: **Dieser Kampf ist aktueller denn je.**

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Kriege, soziale Unsicherheit, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsnot und eine zunehmende Militarisierung prägen unsere Realität. Milliarden werden in Rüstung investiert, während gleichzeitig in Krankenhäusern Personal fehlt, Kitas überlastet sind und soziale Infrastruktur unter Druck gerät.

Doch wenn wir über Krisen sprechen, müssen wir auch darüber sprechen, **wen sie besonders treffen.**

Frauen tragen weltweit einen großen Teil der sozialen Lasten. Sie arbeiten überdurchschnittlich häufig in schlecht bezahlten Bereichen – in Pflege, Bildung oder sozialer Arbeit. Gleichzeitig leisten sie den größten Teil der unbezahlten Sorgearbeit.

Wenn soziale Sicherungssysteme geschwächt werden, wird diese Arbeit nicht weniger – sie wird einfach privatisiert und landet wieder auf den Schultern von Frauen.

Besonders deutlich wird das in **Krisen- und Kriegsgebieten**. In vielen Regionen der Welt sind es Frauen, die unter Krieg und Gewalt besonders leiden. Sie verlieren ihre Häuser, ihre Existenzgrundlagen, ihre Familien. Millionen Frauen sind auf der Flucht und müssen gleichzeitig Verantwortung übernehmen – für Kinder, für Gemeinschaften und für das tägliche Überleben.

Deshalb gehört zum Kampf für Frauenrechte auch **der Kampf für Frieden**. Eine Welt der Aufrüstung ist keine sichere Welt für Frauen.

Auch hier in unseren Städten zeigt sich, welche politischen Entscheidungen getroffen werden. Ich saß zehn Jahre im Stadtparlament von Gießen – und wir wollen weiter für soziale Rechte kämpfen- die eigentlich im Grundgesetz verankert sind. Auch deshalb tritt das **GSF mit Liste 10** an, um daran zu erinnern.

Wir sagen klar: **Geld für Panzer fehlt bei Pflege, Bildung und sozialer Sicherheit**. Eine Politik der Aufrüstung löst keine sozialen Probleme – sie verschärft sie.

Wer echte Sicherheit will, muss in Menschen investieren:
in **bezahlbare Wohnungen, Gesundheit, Bildung und soziale Infrastruktur**.

Wir brauchen mehr Kita-Plätze und bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen.

Mehr Personal im Gesundheitswesen.

Einen starken, bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr.

Und wir brauchen endlich ausreichend Schutz für Frauen, die Gewalt erfahren.

In Gießen gibt es gerade einmal **13 Wohnplätze für obdachlose Frauen** – das ist beschämend wenig für eine Stadt dieser Größe.

Achtung: 2024 wurden von den Frauenhäusern nur in Gießen 196 Frauen und 79 Kinder abgewiesen. Das GSF wird weiter für weitere Plätze kämpfen.

Und wir sagen auch: Demokratie darf nicht nur alle fünf Jahre stattfinden. Menschen müssen mitentscheiden können – in ihren Stadtteilen, in Initiativen und in Bürgerbewegungen.

Der Internationale Frauentag erinnert uns daran: **Fortschritt wurde nie geschenkt. Rechte wurden immer erkämpft.**

Die Befreiung der Arbeiterinnen kann nur das Werk der Arbeiterinnen sein

Deshalb ist dieser Tag ein Auftrag an uns alle:

weiter zu kämpfen –

für Gleichberechtigung,

für soziale Sicherheit,

für **Frieden statt Aufrüstung.**

Wenn wir eine gerechtere Welt wollen, dann müssen wir sie gemeinsam erkämpfen – vor allem auf der Straße, in den Betrieben und in den Parlamenten.

Solidarisch. International. Entschlossen.

In diesem Sinne:

Der Kampf geht weiter.